



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Pressemitteilung

Donnerstag, 12. November 2015

Bernhard Seidenath und Harald Kühn: Mehr Geld für ein gesünderes Bayern

Die CSU stärkt Gesundheit und Pflege: Dank der Landtagsfraktion investiert der Freistaat im kommenden Jahr mehr als eine Million Euro zusätzlich in diesen Bereich. Der Haushaltsausschuss hat den CSU-Initiativen zum Nachtragshaushalt 2016 bereits zugestimmt.

"Jeder Mensch kann ohne Vorwarnung schwer krank oder zum Pflegefall werden", erklärt Bernhard Seidenath, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Pflege. "Jeder Euro, den wir hier in die Hand nehmen, ist eine Investition in Gesundheit und gesundheitliche Aufklärung der Menschen in Bayern." Als Beispiel nennt der Gesundheitspolitiker die Alterserkrankung Demenz: "Unsere Bevölkerung wird immer älter. Daher wird es in Zukunft immer mehr Demenz-Fälle geben. Mit dem 'Fachtag Demenz' haben wir in diesem Jahr ein Leuchtturmprojekt geschaffen. Daran wollen wir anknüpfen und Menschen jeden Alters auch 2016 wieder über die Krankheit informieren." Durch den Einsatz der CSU-Fraktion soll auch das Erfolgsmodell "Gesundheitsregion plus" auf kommunaler Ebene weiter ausgebaut werden. So können sich die Akteure vor Ort besser vernetzen.

Ein weiteres Beispiel: Die CSU-Fraktion möchte Hospizvereine noch besser fördern. Dazu Harald Kühn, zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss: "Die ehrenamtliche Betreuung sterbenskranker Menschen hat einen unschätzbaren Wert. Wir als Politiker möchten dazu beitragen, dass sich die rund 6.600 Helferinnen und Helfer in Bayern noch besser koordinieren und gegenseitig unterstützen können. Das hilft den Betroffenen auf ihrem letzten Weg."

Weitere Gelder sollen unter anderem in Projekte zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fließen, in das Bündnis für Organspende und den Ausbau der Telemedizin. Insgesamt hat der Haushaltsausschuss durch zahlreiche Initiativen der Landtags-CSU 50 Millionen Euro für die Themenfelder auf den Weg gebracht, in denen die Fraktion noch Handlungsbedarf sieht - über die bereits von der Staatsregierung eingeplanten Mittel hinaus.